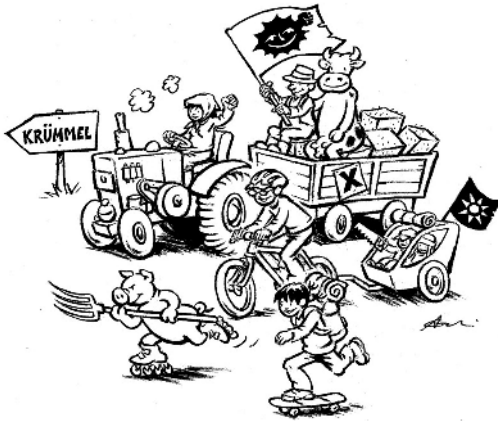

Liebe Leserinnen und Leser,

die Anti-Atomkraft-Bewegung, incl. BBU, hat in den letzten Wochen und Monaten harte Arbeit geleistet. Es wurde argumentiert, mobilisiert und demonstriert. Und jetzt zum 24. Tschernobyl-Jahrestag wird erneut demonstriert – und das mit voller Kraft. Mit Treck, Kundgebungen und Menschenkette im Norden, mit einer Umzingelung des AKW Biblis und mit einer bunten Demo in Ahaus. Und das gebündelt am 24. April. Mit den Aktionen muss deutlich werden: Atomkraft ist eine dreckige Sache, das Desaster beginnt bereits beim fernen Uranabbau, der hierzulande gerne verschwiegen wird. Uranabbau darf nicht geduldet werden, der Betrieb von Atomanlagen nicht und Atomtransporte auch nicht. Jedes Kilogramm Atommüll ist zuviel. Wir müssen uns engagiert für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Dieser Ausstieg ist nicht verhandelbar. Wir wollen ihn nicht in 3, 13 oder 30 Jahren – wir wollen ihn sofort! In der Bundesrepublik und anderswo. Dafür gehen wir auf die Straße, dafür engagieren wir uns.



Hier eine Übersicht aktueller Aktionen am 24. April:

www.kein-castor-nach-ahaus.de (Demonstration in Ahaus)

www.kruemmel-treck.de (Treck von Gorleben nach Krümmel)

www.anti-atom-umzingelung.de (Umzingelung AKW Biblis)

www.anti-atom-kette.de (Menschenkette von Krümmel über Hamburg nach Brunsbüttel).

Und auch direkt am Tschernobyl-Jahrestag (26.4.) finden Aktionen gegen die Atomindustrie statt, z. B. in Koblenz (<http://www.anti-atom-umzingelung.de/energiewende-statt-atomgefahren/suedwestinfo/53-suedwestinfo-anti-atom-demo-264-in-koblenz.html>) und in Neckarwestheim (<http://www.anti-atom-umzingelung.de/termine/details/25-mahn-und-protestaktion-vor-dem-atomkraftwerk-neckarwestheim.html>).

Die Opfer von Tschernobyl dürfen nicht vergessen werden! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die BBU-Newsletterredaktion wünscht allen OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen der Aktionen zum Tschernobyljahrestag ein gutes Gelingen und viel Erfolg!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Der BBU hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt

(U.B.): Die BBU-Mitgliederversammlung hat am 17. April in Münster turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Zuvor wurde der alte Vorstand einstimmig entlastet. Dem Gesamtvorstand gehören jetzt wieder 11 Personen an. Inhaltlich befasste sich die Mitgliederversammlung mit dem Klimaschutz und dem wachsenden Widerstand gegen drohende CO2-Endlager.

Die Mitgliederversammlung bekräftigte die Forderung nach dem sofortigen Atomausstieg und rief zur Teilnahme an Anti-Atomkraft-Protestaktionen anlässlich des bevorstehenden 24. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe auf.

Den dreiköpfigen Geschäftsführenden Vorstand bilden für die nächsten zwei Jahre weiterhin Harald Gülzow (Kassierer), Oliver Kalusch und Wolfgang Guhle. Harald Gülzow (Geldern) ist Vorstandsmitglied des VSR-Gewässerschutz, Oliver Kalusch (Witten) ist langjähriger Aktivist der Wittener BI gegen Klärschlammverbrennung und Wolfgang Guhle (Hamburg) gehört der BI Umweltschutz Uhlenhorst an. Er ist zugleich Sprecher der BBU-AG „Umweltmanagement und Normung“.

Dem Erweiterten Vorstand gehören acht Personen an: Manfred Beckmann (Jesteburg) kümmert sich um die Bereiche Betrieblicher Umweltschutz und Verkehrspolitik. Udo Buchholz (Gronau) gehört dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau an, der Widerstand gegen die deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau leistet. Alfred van Dalen befasst sich als Mitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren mit dem Chemie-Multi BAYER. Horst Eckert aus dem Wendland (BIU Lüchow-Dannenberg) ist Fachmann für Atommüll, Atomtransporte und die Atommüll-Endlager-Problematik. Karl-Jürgen Prull (Dörverden) ist Sprecher der BBU-AG „Innenraumschadstoffe und Gesundheit“. Peter Schott (Berlin) engagiert sich bei mobilocal 21 und wurde erneut als BBU-Schifführer gewählt. Ulla Weiß wurde neu in den Vorstand gewählt, ist Mitglied der Wittener BI gegen Klärschlammverbrennung und engagiert sich in der BBU-AG „Umweltmanagement und Umweltschutz“. Der bayerische Verfassungsrichter und ehemalige Bundestagsabgeordnete Helmut Wilhelm (Amberg) ist beim Forum Regensburg aktiv und im BBU-Vorstand zuständig für Städtebau und Umweltrecht. Weitere Informationen über die Mitgliederversammlung gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/22.04.10.htm>.

BBU gratuliert zum Erfolg gegen das Bombodrom!

Bombodrom nannte sich der Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide. Der Platz entstand nach dem 2. Weltkrieg, indem sich die damalige sowjetische Armee des 144 qkm großen Areal größtenteils widerrechtlich durch Enteignungen bemächtigte. Bisher stand der Begriff Bombodrom für die Pläne der Bundesregierung Deutschlands, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung und der Landesregierungen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns an dieser Stelle Europas größten Luft-/Boden-Schießplatz einrichten zu wollen. (Quelle: <http://www.freier-himmel.de>). Doch das Blatt hat sich gewendet, das Verteidigungsministerium hat die „Schlacht“ um das Bombodrom endgültig verloren: „Nach mehr als 17 Jahre dauerndem Protest dürfen die Gegner des „Bombodroms“ nun ein zweites Mal jubeln. Gestern teilte das Bundesverteidigungsministerium in Berlin mit, dass auf jegliche militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide im Norden Brandenburgs verzichtet wird. Zudem wird in Wittstock der Bundeswehrstandort aufgelöst (MAZ berichtete exklusiv). Den ersten Jubel hatte vor rund neun Monaten der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) ausgelöst, als er nach Niederlagen vor Gericht auf den Ausbau der Kyritz-Ruppiner Heide zum bundesweit größten Übungsplatz der Luftwaffe verzichtete.“ (Aus: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11783163/62249/Bundeswehr-gibt-Gelaende-auf-Das-Militaer-verlaesst-die.html>). *Der BBU, die BBU-Geschäftsführung und die BBU-Newsletter-Redaktion gratulieren allen Beteiligten Initiativen, Verbänden und Privatpersonen zu diesem großen Erfolg. Gleichzeitig wird betont, dass es weitere militärischen Übungsgebiete gibt, die gestoppt werden müssen: So zum Beispiel der Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range (Niedersachsen).*

2. Themenbereiche

CCS / CO₂-Speicherung

Resolution „CO₂-Endlagerung verhindern“

Die am 17. April stattgefundene Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert von der Bundesregierung im zukünftigen CCS-Gesetz festzulegen, dass in Deutschland keine Speicherstätten für CO₂ zugelassen werden.



Im April 2009 wurde eine neue Richtlinie der Europäischen Union zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid verabschiedet. Diese muss nun in Deutschland umgesetzt werden. Immer wieder wird die Richtlinie in der Öffentlichkeit durch die Industrie so interpretiert, dass sie die Endlagerung von CO₂ im Untergrund vorschreibt. Gerade in Deutschland wird diese sehr risikoreiche Technologie der unterirdischen CO₂-Speicherung vorangetrieben, um weiterhin Kohlekraftwerke bauen zu können. Schon im Vorgriff auf ein Gesetz, das die Speicherung in Deutschland zulässt, wurden von Vattenfall und RWE Fördermittel für die Erprobung von CCS (Carbon Capture and Storage, bzw. CO₂-Abscheidung und Speicherung) bei der EU beantragt. In Artikel 4 der EU-Richtlinie über die geologische Speicherung von Kohlendioxid ist jedoch festgelegt: „Die Mitgliedsstaaten behalten das Recht, die Gebiete zu bestimmen, aus denen gemäß dieser Richtlinie Speicherstätten ausgewählt werden können. Dazu gehört auch das Recht der Mitgliedsstaaten, keinerlei Speicherung auf Teilen oder auf der Gesamtheit ihres Hoheitsgebietes zuzulassen.“ Den gesamten Text der Resolution und weitere Informationen zur CO₂-Endlagerung findet man auf der Homepage des BBU unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/Vorlage%20BBU-Homepage%20CCS.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Energiepolitik

BBU kündigt scharfen Protest gegen den Ausbau der niederländischen UAA an

Der BBU hat scharfen Protest gegen den geplanten, gigantischen Ausbau der grenznahen niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo angekündigt. Der BBU wird eine Einspruchskampagne organisieren und wird auch der niederländischen Anti-Atomkraft-Bewegung solidarisch zur Seite stehen. „Der Ausbau der Uranfabrik in Almelo darf nicht realisiert werden, stattdessen muss der ganze Urankomplex in Almelo sofort geschlossen werden“, so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Bereits in der Vergangenheit hatte der BBU wiederholt gegen Erweiterungen der niederländischen Urananreicherungsanlagen protestiert. Almelo liegt nur 30 km westlich der deutsch-niederländischen Grenze.

Das niederländische Umweltministerium hat am heutigen Donnerstag (08. April 2010) in einer Großanzeige in den grenznahen Gronauer Nachrichten eine Bekanntmachung nach dem Kernenergiegesetz der Niederlande veröffentlicht. Darin wird die „Startnotiz für die Umweltverträglichkeitsprüfung zur Erweiterung der Anreicherungskapazität von URENCO Nederland B.V.“ bekannt gegeben. Die Kapazität der niederländischen Urananreicherungsanlage soll von genehmigten 4950t Urantrennarbeit pro Jahr auf 6200t UTA/a erhöht werden. Mit dieser Kapazität könnte in Almelo, so der BBU „jährlich der Uranbrennstoff für ca. 50 Atomkraftwerke vorbereitet werden“. Udo Buchholz kommentiert: „Das ist der pure Wahnsinn. In den Niederlanden ist zum Glück nur ein Atomkraftwerk in Betrieb. Der Urenco-Konzern plant massive Überkapazitäten, um weltweit den Uranmarkt bedienen zu können.“

Der BBU wird in den nächsten Tagen einen Sammeleinspruch gegen den Ausbau der UAA Almelo veröffentlichen. Die Bekanntmachung des niederländischen Umweltministeriums kann im Internet (auch auf Deutsch) gelesen werden: www.vrom.nl/urenc.

Wer den Widerstand gegen die niederländische Uranfabrik unterstützen möchte, kann sich zur Vernetzung an den BBU unter 0228-214032 wenden. Weitere Informationen gibt es unter www.bbu-online.de, Informationen zur Gronauer Urananreicherungsanlage unter www.aku-gronau.de.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 08.04.2010: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/08.04.10.htm>

RWE-Jahreshauptversammlung

Am 22.04.2010 kam es in Essen auf der RWE-Jahreshauptversammlung zu einem mehrstündigen Schlagabtausch. Während RWE-Chef Großmann die Atomenergie als "CO2-frei" verteidigte und unbegrenzte (!!)

AKW-Laufzeiten forderte, ging die Umweltorganisation urgewald zusammen mit der rumänischen Aktivistin Crisanta Lungu scharf mit dem geplanten Erdbeben-Reaktor im rumänischen Cernavoda ins Gericht. Vladimir Slivyak von Ecodefense in Russland forderte RWE auf, sich komplett aus dem russischen Atomsektor zurückzuziehen. Noch immer lagern allein 27 000 Uranmüll aus Gronau in Russland und RWE will über die Ahaus-Betreiberin GNS in Russland neue Brennelement-Zwischenlager errichten!

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen kritisierte schließlich die Atompolitik von RWE in Deutschland, insbesondere in Biblis, Gronau und Ahaus und forderte von den AktionärInnen, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand aus der Atomenergie sofort auszusteigen. Am Ende geriet die RWE mit ihren Atomplänen sichtlich in die Defensive und antwortete im Laufe des Nachmittags immer vorsichtiger über ihre tollen neuen AKWs und die Urananreicherung. Am 6. Mai geht es auf der Jahreshauptversammlung von EON ebenfalls in der Essener Gruga-Halle weiter - denn EON hat soeben die Erlaubnis erhalten nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Finnland ein neues AKW zu bauen !

Überlassen wir die Atomdebatte nicht den Atomkonzernen !!

Quelle und weitere Infos: <http://www.sofa-ms.de/home.html>

Gewässerschutz

Arzneimittelrückstände bedrohen Fische

Seit langer Zeit ist bekannt, dass synthetisches Östrogen aus der Antibabypille trotz Abwasserbehandlung schädlich für Fische ist. Nun haben Forscher der Umea Universität und der Sahlgrenska Academy an der Universität Göteborg Arzneimittelrückstände in Fischen entdeckt, die in behandelten Abwässern schwammen. Im Fischblut konnten höhere Werte des Hormons Levonorgestrel gefunden werden, als in einer Frau, die eine Verhütungspille mit dem Hormon einnimmt. Erhöhte Werte der Substanz können zu Unfruchtbarkeit bei Fischen führen, berichten die Forscher im Fachmagazin Environmental Science and Technology.

Die Forscher um Joakim Larsson haben Fische, die in geklärten Abwässern in Stockholm, Umea und Göteborg leben, untersucht. Dabei kamen sie zu dem erstaunlichen Ergebnis: Die Menge des in hormonellen Verhütungsmitteln häufig verwendeten Levonorgestrel, die in den Fischen gefunden wurden, lag bei rund einem Nanogramm pro Liter. In einer vorangegangenen deutschen Studie kamen Forscher zum Ergebnis, dass weniger als ein Nanogramm des Hormons ausreicht, um die Reproduktion der Fische zu stoppen.

Quelle: <http://www.presse-text.de/news/100406022/Arzneimittelrueckstaende-bedrohen-fische/>

Zum Weltwassertag 2010 riefen der BBU und der VSR-Gewässerschutz e.V. auf, weltweit Initiativen im Gewässerschutz noch stärker zu unterstützen



„Sauberes Wasser für eine gesunde Welt“ lautete das Thema des diesjährigen Weltwassertages, der jedes Jahr am 22. März stattfindet. Doch das Trinkwasser wird ständig durch die Ableitungen aus dem Bergbau, dem Abwasser der Industrie sowie der diffusen Belastungen aus der Landwirtschaft bedroht. Kein Brunnennutzer kann sich mehr sicher sein, dass sein gefördertes Wasser zum Trinken oder zum Bewässern seines Gemüses geeignet sei. Erst wenn Bürger in Initiativen, Vereinen und Verbänden aktuelle Wasserbelastungen vor Ort belegen können, wird das Problem diskutiert und es werden Lösungen entwickelt.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/Weltwassertag%202010.pdf>
Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Massentierhaltung (nicht nur) entlang der Ems eutrophiert die Nordsee Von Dänemark lernen...



Die Ems leidet nicht nur unter der Versalzung durch Kavernenauslösung oder dem nicht endenden Ausbau zugunsten der Meyer Werft – sondern auch unter der Massentierhaltung. Obwohl der Fluss schon heute mit seiner hohen Nitratfracht zur Eutrophierung der Nordsee beiträgt, wird die Viehhaltung im Emsgebiet weiter ausgebaut. Mit einer weiteren Erhöhung der Nitratbelastung sei daher zu rechnen, warnt der Verein VSR-Gewässerschutz. Er stellte in den letzten Jahren bei seinen Messfahrten nicht nur hohe Nitratbelastungen in der Ems und ihren Nebenbächen sondern auch im Grundwasser fest. Vielerorts werden die Anforderungen der Wasserrahmen- und der Grundwasserrichtlinie nicht eingehalten.

In der Waterkant 1/2010 erschien dieser Artikel, kann aber auch

unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/waterkant+2010-01.pdf> nachgelesen werden.
Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Massentierhaltung

Neue Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung in Wustrow gegründet

Anlass ist die Planung eines Hähnchenmaststalles bei Teplingen, keine 3 km vom Ortskern in Wustrow entfernt. Dabei geht es den Initiatoren nicht darum, einen Landwirt persönlich anzugreifen. Ziel ist vielmehr gemeinsam mit den in ihrer Existenz bedrohten Landwirten, für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft in der Region zu kämpfen. So erschienen mehr Interessierte als erwartet zur Gründungsversammlung der neuen Bürgerinitiative mit dem einprägsamen Namen IgiT „Initiative gegen industrielle Tierhaltung - Wustrow & Umgebung“.

Um die Errichtung des Hähnchenmaststalles in der Planungsphase zu verhindern, wurde ein Arbeitsplan aufgestellt und ein wöchentlicher Stammtisch beschlossen. Ebenso wurde der umgehende Beitritt zum Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz beschlossen, um über diesen Verband Mitsprache-, Einsichtsrechte und Klagemöglichkeiten in allen Verfahren zu bekommen. Außerdem kann durch die überregionale Vernetzung sehr von den Erfahrungen anderer Initiativen profitiert werden.

Da in ganz Niedersachsen über 400 solcher Ställe in Planung sind, (...) darf es nicht sein, dass ein Bundesland und alle Kommunen den Profitinteressen einer Agrar- und Lebensmittelindustrie geopfert werden, ohne dass Mitsprachemöglichkeiten von Verbänden und Kommunen bestehen. Wichtigstes Ziel in der ersten Zeit ist eine breite Information und Aufklärung, die mit Hilfe von Infomaterial und Unterschriftslisten auch durch Jugendliche in die Schulen getragen wird. Die IgiT appelliert aber ganz besonders an alle Verbraucher, (...) ihre Macht auch beim Einkauf spüren lassen und verstärkt regionale Qualitätsprodukte nachfragen. Weitere Informationen gibt es unter www.igit-wustrow.de oder unter der Telefonnummer 05841-987464.

Aus einer Presseinformation der IgiT vom 2. April 2010

Einwendungen gegen die Hühnermast in Etelsen erheben!

Wir, die BI Etelsen gegen die geplante weitere 100.00er Hühnermastanlage Etelsen im Landkreis Verden (bei Bremen), wenden uns an euch mit der Bitte, aktiv zu werden und Einwendungen zu schreiben.

Anders als bei ‚kleineren‘ Anlagen mit bis zu 40.000 Mastplätzen muss bei dieser Größenordnung eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) durchgeführt werden und es kann jede/r Bürger/in gegen den Antrag auf Genehmigung Einwendungen erheben!

Einige Infos dazu: Die Anlage war schon einmal Anfang 2008 beantragt worden. Die Etelsener erfuhren davon erst aus der Zeitung, mobilisierten aus dem Stand heraus alle Kräfte und bewiesen u. a. beim damaligen, zweitägigen Erörterungstermin die Unhaltbarkeit des Antragsgutachtens von Herrn Professor Oldenburg. So wurde die Genehmigung verzögert. Nun, zwei Jahre später, versucht es der Antragsteller erneut – mit einem neuerlichen Gutachten des Herrn Professor Oldenburg. Der Druck der Geflügelfleischindustrie Rothkötter,

Wesjohann und Co. nimmt zu, die geplanten neuen Geflügelschlachthanlagen mit irrsinnig hohen Kapazitäten (z. B. in Wietze mit 135 Mio. Schlachttieren/Jahr) sollen ausgelastet werden, allüberall werden Landwirte angeworben, unterstützt von den Landwirtschaftskammern, damit stillkammheimlich in jedem kleinen Dorf insgesamt Hunderte von Mastanlagen unter der 40.000er Grenz, d. h. ohne Genehmigungsverfahren, errichtet werden.

Umso wichtiger ist es den Widerstand nun auf eine noch breitere Basis zu stellen und deutlich zu machen, dass das kleine Etelsen nicht alleine steht, dass der Plan des „Teile-und-herrsche“ nicht aufgeht, dass Etelsen exemplarische Bedeutung für das ganze Land und alle seine Menschen hat, auf dem Land und in den Städten. Die Agrarfabriken gehen uns alle an, nicht nur die jeweiligen AnwohnerInnen! Weitere Infos im Internet unter www.gefluegelmast.de

Vielen Dank für eure Hilfe!

Waltraut Bergmann für die IGM Hähnchenmaststall GbR

Zusammengefasste Infos aus einer E-Mail an den BBU vom 21. April 2010

Verkehr

Gemeinsam genutzte Geh- und Radwege sorgen für Konflikte

Fußgängern und Radfahrern fehlt in der Stadt häufig der ausreichende Platz, um sicher und bequem voranzukommen. Besonders auf gemeinsamen Geh- und Radwegen häufen sich die Konflikte: Fußgänger werden von Radfahrern bedrängt und gefährdet, Radfahrer kommen auf den engen Wegen nicht zügig voran und sind besonders an Ein- und Ausfahrten sowie durch rechts abbiegende und kreuzende Autos gefährdet. Die Verdrängung des Radverkehrs auf die Gehwege hat die Entwicklung der beiden nachhaltigsten Fortbewegungsarten massiv behindert: Mit den derzeitigen Bedingungen wird der für das Klima nötige Umstieg vom Auto auf die eigenen Füße und das Fahrrad nicht erreicht!

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) fordern Bund, Länder und Kommunen auf, sichere Bedingungen für Radfahrer auf der Fahrbahn zu schaffen. Denn es gibt gute Erfahrungen mit dem Radverkehr auf der Straße. ADFC-Bundesvorsitzender Karsten Hübener sagt: "Hier ist der Radfahrer im Blickfeld der Autofahrer und weniger gefährdet, als wenn er versteckt hinter parkenden Autos oder Büschen unterwegs ist." Und für die Fußgänger bleibt der Gehweg, wo besonders Kinder und alte Menschen sich geschützt bewegen können.

ADFC und FUSS e.V. appellieren an Radfahrer und Fußgänger, das eigene Verkehrsverhalten kritisch zu überdenken.

Arndt Schwab, der Vorsitzende von FUSS e. V., macht darauf aufmerksam, dass "Radfahrer bereits jetzt in den meisten Straßen für sie sicherer und komfortabler die Fahrbahn anstatt des Gehweges nutzen können. Fußgänger sollten dagegen beim Queren von Radwegen auf den Radverkehr achten."

Gemeinsame Pressemitteilung von FUSS e.V. und ADFC vom 22. April 2004 (gekürzt), **Kontakt: FUSS e.V., www.fuss-ev.de**

Offener Brief von Umwelt- und Verkehrsverbänden an Fraport

Verbände und Bürgerinitiativen haben gemeinsam gegen die Strafverfolgung von GegnerInnen des Flughafenbaus protestiert. In einem offenen Brief an den Fraport-Vorstandsvorsitzenden Stefan Schulte sowie die zuständigen Staatsanwaltschaften fordern sie, alle Strafanzeigen und Strafanträge im Zusammenhang mit den Protestaktionen gegen die Erweiterung des Flughafens in Frankfurt zurückzunehmen und laufende Verfahren einzustellen.

Mit den direkten Aktionen sei deutlich gemacht worden, so heißt es in dem Brief, „dass durch die Flughafen-erweiterung große Bannwaldflächen und Biotopsysteme zerstört und dauerhaft versiegelt werden, der weitere Anstieg des Flugverkehrs den Klimawandel beschleunigt und die Gesundheit und Lebensqualität von zwei Millionen Menschen im Rhein-Main-Ballungsgebiet durch Fluglärm und Abgase geschädigt wird“.

Die UnterzeichnerInnen appellieren an Fraport, ihrem Anspruch „der Region ein guter Nachbar zu sein“ einzulösen und auf eine Strafverfolgung der AusbaugegnerInnen zu verzichten. Die zuständigen Staatsanwaltschaften in Frankfurt, Rüsselsheim und Berlin fordern sie auf, Strafverfahren gegen alle einzustellen, die sich für „Umwelt- und Klimaschutz und damit für eine lebenswerte Rhein-Main-Region“ eingesetzt haben.

Angeklagt sind auch mehrere ROBIN WOOD-AktivistInnen. Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verhandelte am 6. April dieses Jahres gegen einen 20jährigen ROBIN WOOD-Aktivist und Flughafenbausgegner. Ihm wirft die Staatsanwaltschaft Hausfriedensbruch vor, weil er sich im August 2009 an einer Baumbesetzung im Kelsterbacher Wald gegen den Bau der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen beteiligt hatte. Auch dieses Verfahren wird fortgesetzt.

„Diese Auseinandersetzungen gehören nicht in den Gerichtssaal. Fraport muss sich den Argumenten der Ausbaugegner stellen, anstatt sie zu kriminalisieren“, fordert Monika Lege, Verkehrsreferentin von ROBIN WOOD.

Kontakt: *Monika Lege, Verkehrsreferentin, Tel. 040 / 380 892 12, verkehr@robinwood.de*

Aus einer Pressemitteilung vom 13.4.2010



3. Terminhinweise



Der Film PLASTIC PLANET läuft in folgenden Orten in den Kinos:

www.plastic-planet.de/kinofinder.html.

Der BBU ist einer der Film-Kooperationspartner.

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Terminübersichten für Aktionen zum Sofortausstieg gibt es z. B. hier:

<http://www.anti-atom-aktuell.de>

<http://www.castor.de/8termine.html>

<http://www.contratom.de/2.0/index.php?mod=kalender&baum2=3&baum3=3>

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier:

<http://www.friedenskooperative.de/index.html>

4. Nachruf

Trauer um Ingo Gödeke

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Umweltschutz-Bürgerinitiativen trauern um Ingo Gödeke aus Karlsruhe, der am 21. März 2010 viel zu früh im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Wir trauern um einen ganz besonderen Menschen, der bundesweit Achtung und Anerkennung erfahren hat, und dessen Tod derzeit vielerorts bei Bürgerinitiativen und Umweltverbänden Trauer und Bestürzung auslöst. Unser Mitgefühl gilt den Menschen, denen sich Ingo besonders verbunden gefühlt hat.



Ingo Gödeke war Mitglied des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und hat Bürgerinitiativen und Umweltverbände im Widerstand gegen Müllverbrennungsanlagen, Abfallmitverbrennungsanlagen, Kohlekraftwerke und andere Gesundheit gefährdende Großprojekte unterstützt. Durch seine umfangreichen, detaillierten und sachkompetenten Stellungnahmen wie auch in tagelangen Erörterungsterminen hat er die Betreiber und Planer dieser Anlagen in Bedrängnis gebracht und die Genehmigungsbehörden überzeugt. Seine Arbeit hat dazu geführt, dass umweltschädliche Anlagen nicht errichtet wurden oder nur mit zahlreichen Auflagen genehmigt wurden. Noch kurze Zeit vor seinem Tod hat Ingo Bürgerinitiativen beraten und unterstützt.

Wir werden Ingo Gödeke mit seiner freundlichen, stets hilfsbereiten und konsequenten Art vermissen. Er hinterlässt eine Lücke, die nur schwer zu füllen sein wird. Die Unterstützung, die er umweltbewegten Gruppen und Menschen nahezu rund um die Uhr geboten hat sollte

uns Verpflichtung sein, in seinem Sinne weiter engagiert der bedrohten Umwelt eine Lobby zu bieten.

Aus einer Pressemitteilung des BBU: <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/29.03.101.htm>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 4 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.05.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreffzeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.